

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

p/XVII/161

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
2	Ein Jahr nach Errichtung der Schandmauer ----- 13. August 1961 - 13. August 1962 Von G. Markscheffel	83
3	Neue Wasserstrassen in West und Ost ----- Kanäle - Kanäle ! - Zone will von der Bundes- republik unabhängig werden Von Herbert Arends, Kiel	44
4	Natürlich "die Gewerkschaften" ! ----- Touristenräger und berechtigte Lohnforderungen	17
4	Paraden ----- Von Heidelberg bis Karlsruhe	16
5 - 6	Bildung - Unterbau für demokratische Erziehung ----- Sozialdemokratische Pädagogen aus aller Welt trafen sich in Hannover Von Bernhard Wittmann	63

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ein Jahr nach Errichtung der Schandmauer

13. August 1961 - 13. August 1962

Von G. Markscheffel

Ein Jahr ist seit Errichtung der Schandmauer in Berlin vergangen. Am Morgen des 13. August 1961 wurde sie errichtet als ein Symbol für das große Konzentrationslager Ulbrichts, das sich "DDR" nennt. Was die Berliner Bevölkerung an menschlichen Leid, politischen Druck und offener Provokation seither erdulden mußte, ist kaum vorstellbar und kann sicher nur von denjenigen in seiner ganzen Tragweite erfaßt werden, die es selbst erlebten.

Es ist hier nicht der Ort, die Einzelheiten des tragischen Geschehens darzustellen; das liest und hört die Welt seit einem Jahr jeden Tag. Aber danken wollen wir der Bevölkerung Berlins, die unter den harten Schicksalsschlägen fest blieb und sich durch keine Provokation des SED-Regimes in ihrem Freiheitswillen beirren ließ.

- * Immer wieder muß es gesagt werden: durch diese Haltung
- * haben die Berliner, stellvertretend für uns alle, einen
- * Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet, denn die
- * Errichtung der Mauer war eine Provokation mit dem Ziel,
- * den Frieden zu stören

Natürlich fragt sich jeder gerade in diesen Tagen, welcher Art neue Provokationen sein können, die sich Moskau und Pankow ausgedacht haben mögen. Es gibt viele Spekulationen darüber; sie alle gipfeln in der Vermutung, daß der Osten wieder in Berlin den Hebel anzusetzen gedenkt, um wenigstens einen Teil seiner politischen Absichten die Isolierung des freien Teils Berlins - durch neue Erpressungsmanöver zu erreichen.

Wir wissen, daß der Westen entschlossen ist, seine Position in Berlin nicht antasten zu lassen. Die Russen und Ulbricht wissen es auch.

* * *

Unabhängig von den sich aus der jetzigen Situation möglicherweise ergebenden Konsequenzen erhebt sich jedoch die Frage, welchen politischen Nutzen Moskau durch die Errichtung der Schandmauer Ulbrichts erzielt haben mag, sofern man von der Voraussetzung ausgeht, daß mit der Aktion vom 13. August 1961 überhaupt ein politisches Ergebnis - im Sinne des Ostens - erzielt worden sollte.

Die offizielle Begründung für die Errichtung der Schandmauer lautete damals: "Wir - der Osten - wollen die Staatsgrenze der DDR sichern, damit der erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat in Ruhe und ungestört von den Agenten des westlichen Kapitalismus der Sozialismus aufbauen kann".

So primitiv und dumm diese Parole klingen mag - sie wurde tatsächlich von Pankow und Moskau in unzähligen Reden und Schriften über

die ganze Welt verbreitet. Ein umfangreiches Material in zahlreichen Sprachen wurde in aller Herren Länder geschickt.

- * Heute weiß man in Moskau und Pankow, daß kein vernünftiger
- * Mensch in der Welt d i e s e Begründung für die Errichtung
- * der Schandmauer ernst nimmt. Im Gegenteil ! Zu Tausenden sind
- * Ausländer nach Berlin gekommen, haben kopfschüttelnd die Mauer
- * betrachtet und sind in ihre Heimat als entschiedene Gegner
- * des Kommunismus zurückgekehrt. Gerade die Vertreter der neu-
- * tralen Staaten, um deren Gunst Moskau besonders buhlt, haben
- * angesichts der Schandmauer Ulbrichts in Berlin begriffen, daß
- * der Kommunismus das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen tritt.

Die Tatsache, daß die "Volkspolizei" den Befehl erhielt, auf Flüchtende Zonenbewohner zu schießen, daß Deutsche also auf Deutsche schießen müssen, die in ihrem eigenen Lande einen Platz suchen, wo sie in Freiheit leben können, hat das Ulbricht-System endgültig als eine unvorstellbare Ferverstärkung entlarvt.

* * *

Die Welt weiß heute auch, daß durch die Errichtung der Schandmauer in Berlin der sogenannte sozialistische Aufbau in der "DDR" nicht im geringsten gefördert wurde. Der Flüchtlingsstrom konnte zwar abgestoppt werden, aber weder die Industrie- noch die Agrarproduktion in Ulbrichts Machtbereich konnte verbessert werden. Im Gegenteil, eine Krise jagt die andere, Produktionspläne müssen geändert werden, und das Durcheinander in der Zonenwirtschaft ist in diesem Jahre größer geworden, als es jemals zuvor war. Dabei sollten doch die Mauer und die verstärkten Absperrungsmaßnahmen längs der Zonengrenze dafür sorgen, daß die angeblich vorhandenen Agentenzentralen des Westens den "sozialistischen Aufbau" n i c h t mehr stören können!

- * Auch von dieser Sicht her hat die Errichtung der Schandmauer
- * in Berlin und die fast hermetische Abschürung der Zone dem
- * Ulbricht-Regime keinen Gewinn gebracht. Wenn irgend jemand
- * vorher noch geglaubt haben sollte, daß die Agententheorie
- * Ulbrichts zu recht bestehen könnte, ist jetzt eines besseren
- * belehrt.

Der "Friedensstörer" in Europa ist nicht das freie Berlin, sondern Ulbricht, auf dessen falsche Analysen und Behauptungen Moskau seit jeher hereingefallen ist.

* * *

Uns bleibt jetzt außer der sehr schwachen Hoffnung, daß man in Moskau endlich einschen möge, zu welcher gefährlichen Situation die Errichtung der Schandmauer in Berlin geführt hat, die Aufgabe gestellt, durch unser Verhalten das westliche Bündnis der Freiheit immer mehr zu stärken. Diese Aufgabe ist eine Verpflichtung nicht nur gegenüber den Berlinern und unseren Landsleuten in der Zone, ihre Erfüllung ist ein Beitrag zur Erhaltung der Freiheit und des Friedens in Europa.

+ + +

Neue Wasserstrassen in West und Ost

Von Herbert Arends, Kiel

Die drei norddeutschen Küstenländer Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen haben sich jetzt für den Bau eines Nord-Süd-Kanals ausgesprochen, der die Unterelbe mit dem Industriegebiet im Raum Salzgitter verbinden soll. Dabei hat Schleswig-Holstein den Wunsch geäußert, man möge dieses große Kanalprojekt mit der Modernisierung des Elbe-Trave-Kanals verbinden, damit der größte Ostseehafen der Bundesrepublik, Lübeck, einen modernen Anschluß an das westeuropäische Wasserstrassen-netz erhält. Daneben werden die Häfen an der Ostsee und Nordsee weiter zu modernisieren sein, um den Konkurrenzkampf zu bestehen, der in einer immer schnelleren Abfertigung von immer größeren Schiffen besteht.

Kaum beachtet aber wird, daß auch in der sowjetisch besetzten Zone der Ausbau der Ostseehäfen vorangetrieben und ein neues Wasserstrassen-netz projektiert wird, wodurch die Konkurrenzsituation zwischen Ost und West in Nordeuropa in absehbarer Zeit noch verschärft werden dürfte. In Pankow hat man sich jetzt für den Anschluß des ostzonalen Wasserstrassen-netzes an den projektierten "Fluß-Kanal" ausgesprochen, den die Sowjet-union zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer errichten will. Hierdurch würde es der Zone einmal möglich werden, etwa 3000 Tonnen große Flußkähne bis nach Odessa laufen zu lassen. Der in Königsberg seinen Ausgang nehmende Kanal soll nach dem Willen Pankows Anschluß an den Unterlauf der Oder und von dort bis Eisenhüttenstadt bei Fürstenberg kommen.

Wenn dieses Projekt vorläufig auch noch nicht in Angriff genommen werden dürfte, so soll doch ein weiteres schon bis 1964 so gut wie betriebsfertig sein. Hier handelt es sich um den sogenannten Küsten Parallel Kanal, der die ostzonalen Ostseehäfen Stralsund, Rostock und Wismar vom Stettiner Haff ausgehend miteinander verbinden soll. Bis zur Fertigstellung dieses Kanals wird der Elbe-Hafen Wittenberge im Zentrum des ostzonalen Kanalsystems nach den Plänen der ostzonalen Nachbarn als großer Umschlaghafen für Industriegüter ausgebaut und mit den Ostsee-häfen durch einen besonderen Güterzug-Pendelverkehr verbunden.

Natürlich weiß man, daß vor der Fertigstellung dieser Projekte noch anderer planerische Engpaß zu überwinden ist, wie er vor allem in der sowjetischen Wirtschaft immer wieder auftritt. Aber der Wille, sich mit einem großzügigen Kanal- und Ostseehafensystem von der Bundesrepublik unabhängig zu machen, ist deutlich erkennbar.

Das wiederum sollte ein Ansporn sein, den Nord-Süd-Kanal möglichst bald in Angriff zu nehmen, damit Hamburg einen modernen und konkurrenz-fähigen Anschluß zum mitteleuropäischen Kanalsystem bekommt. Für die Hansestadt Lübeck aber ist es fast schon beim Blick auf die ostzonalen Projekte eine Lebensfrage, durch einen großzügig ausgebauten Elbe-Trave-Kanal mit dem Raum um Salzgitter und Hamburg verbunden zu werden. Lübeck könnte dadurch wieder ein großer Transport-Knotenpunkt zwischen dem freien Ostseeraum und Mitteleuropa werden.

Natürlich "die Gewerkschaften" !

Touristenärger und berechtigte Lohnforderungen

sp - Es ist verständlich, daß sonnenhungrige Urlauber ungemütlich werden, wenn sie an einem Grenzübergang mehrere Stunden lang warten müssen. Die Sache wird nur etwas merkwürdig, wenn hierbei arbeitsgewerkschaftliche Komplexe zum Durchbruch kommen, die dann sogar auch in der deutschen Welt-Presse ihren Ausdruck finden. Das sieht dann so aus:

- * "Die Grenzer versuchen zu erklären, aber sie stoßen auf
- * eisige Ablehnung. Auseinandersetzungen gibt es; häßliche
- * böse Worte fallen; nationale Ressentiments werden aus tief
- * sten Tiefen wieder hervorgeholt. Das alles ist das traurige
- * Verdienst der Gewerkschaften."

"Das alles" - was alles? Was, um Himmels willen, haben die Gewerkschaften damit zu tun, wenn nationale Ressentiments aus tiefsten Tiefen hervorgeholt werden? Auf die Idee, daß die wenig schöne Situation an den Grenzen Österreichs von jenen hervorgerufen wurde, die seit Monaten aufgestellte und als berechtigt anerkannte Forderungen der Besatzten nicht erfüllen, scheint man noch nicht gekommener zu sein. Am einfachsten ist es also, "die Gewerkschaften" für den Ärger verantwortlich zu machen.

+ + +

Paraden . . .

Von Heidelberg bis Karlskorst

sp - Iwan Ignatjewitsch Jakubowski, Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland hat das Vergnügen und die Ehre, im Heidelberger Hauptquartier der amerikanischen Armee die braven G I's aus den USA vor sich paradieren zu sehen. Iwan Ignatjewitsch Jakubowski wird davon stark überseugt - strahlen. Die US-Soldaten werden eisernen Gesichter machen und sich wahrscheinlich fragen, wie ihre Ehrenbezeugungen gegenüber Iwan Ignatjewitsch Jakubowski in den von Moskau und Pankow angeheizten kalten Krieg hineinpaffen. Gewiß, die Parade ist eine Geste der Höflichkeit für den Gast. Wenn General Freeman demnächst in Karlskorst einen Gegenbesuch abstattet, wird man ihn mit dem gleichen Zeremoniell empfangen. Auch die sowjetischen Soldaten werden staunergadeaus blicken und wahrscheinlich dasselbe - nur umgekehrt - denken, wie ihre gleichaltrigen Uniformträger in Heidelberg. Aber sei es wie es sei: Paraden sind besser als Schießen.

Die Welt ist schon komisch; man muß nur gelegentlich daran erinnert werden, damit man es merkt.

+ + +

Bildung - Unterbau für demokratische Erziehung

In der letzten Augustwoche fand die 11. Jahreskonferenz der Internationalen Union Sozialistisch-Demokratischer Erzieher (IUSDE) in Hannover statt. Insgesamt 65 Delegierte der verschiedenen nationalen Mitgliedsverbände der IUSDE waren der Einladung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (AsL), der deutschen Gruppe der Union, gefolgt. Der Präsident der Kultusminister-Konferenz, der niedersächsische Kultusminister Richard Voigt, hatte die Schirmherrschaft über diesen Kongreß übernommen.

Bei der Eröffnung der Konferenz konnte der geschäftsführende Vizepräsident der IUSDE, Universitätsprofessor Dr. Karl Bechert MdB, den Vertreter des SPD-Bundesvorstandes, Willi Eichler, den Vertreter des niedersächsischen Kultusministers, den Oberbürgermeister von Hannover und Delegierte aus elf verschiedenen Staaten begrüßen. Sogar aus Äthiopien, Madagaskar und Tanganjika waren Teilnehmer gekommen.

In seinem Begrüßungsreferat bezeichnete Willi Eichler die Bildung als den Unterbau für eine demokratische Ordnung. Sie habe das Ziel, den Menschen zu seiner Menschenwürde hinzuführen. Aber sie stelle auch eine Voraussetzung für eine allgemeine Hebung des Lebensstandards dar.

Das erste Referat der eigentlichen Arbeitstagung hielt der zweite Bundesvorsitzende der AsL, Stadtschulrat Dr. Otto Harde, Hannover, unter dem Thema: "Die Bedeutung von Erziehung und Bildung für den Einzelnen und die demokratische Gesellschaft im Atomzeitalter". Der Referent ging davon aus, daß sich heute Welt und Gesellschaft geändert haben. Der Mensch hat nicht mehr die innere Sicherheit früherer Jahrhunderte. Zunehmende Verwissenschaftlichung bestimmt sein Leben. Die Fortschritte der Technik ändern das Gesicht der Welt. Der Mensch erträgt nicht mehr die direkte Herrschaft von Menschen über Menschen, wie das jahrtausendlang der Fall gewesen ist. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft noch verstärken. Hinzu kommt, daß alle großen traditionellen Institutionsbereiche (Wirtschaft, Religion, Recht und Politik) Elemente, die ihnen früher wesentlich waren, an die Institutionen der Erziehung in zunehmendem Maße abtreten und abgetreten haben. Dadurch wird die Erziehung sowohl für den Einzelnen als auch für die Gemein-

8. August 1962

schaft und den Fortbestand der Demokratie ein immer zentraleres und wichtigeres Problem, von dem das Leben schlechthin abhängt.

Professor Pierre A s t i e r (Paris), der Vorsitzende der französischen Mitgliedsorganisation der IUSDE, sprach über das Thema: "Politische Bildung im Dienste der Verständigung und der Zusammenarbeit der Völker". Die politische Umformung, die die Welt von morgen revolutioniert, wird den nationalen Rahmen sprengen und ein Prinzip der Übernationalität durchsetzen. Diese Perspektive erfordert eine Ausweitung der politischen Bildung auch auf internationale Sicht. Natürlich kann die politische Bildung die Form der speziellen Unterweisung annehmen, aber das allein genügt nicht. Die gesamte Erziehung und die ganze Schulorganisation müssen dazu beitragen. Internationaler Schüler- und Lehreraustausch sind hierbei von besonderer Wichtigkeit.

Über "Politische Willensbildung im demokratischen Rechtsstaat und ihre Behandlung im Unterricht" sprach Oberregierungsrat a. D. Willi H e n k e l, Hannover, der niedersächsische Landesvorsitzende der AsL. Politische Willensbildung ist nur möglich, wenn sie durch eine gefestigte Persönlichkeit erfolgt, die sich ein selbständiges Urteil bildet und nicht manipulierbar ist. Diesen Menschen heranzubilden, ist Aufgabe der Schule.

Arbeitsgruppen diskutierten die Referate und legten ihre Ansichten, wie die dort gestellten Forderungen praktisch zu verwirklichen sind, in Resolutionen nieder. An verschiedenen Tagen waren sie Gäste der niedersächsischen Landesregierung und der Stadt Hannover. Ein Besuch der Zonengrenze und von Industriewerken rundete die Tagung ab. In der Generalversammlung wurden Stadtschulrat Dr. Otto V a r d e, Hannover, zum Präsidenten und Professor Pierre A s t i e r, Paris, zum Vicepräsidenten der IUSDE gewählt. Damit hat zum ersten Mal ein Deutscher das Amt des Präsidenten inne

Bernhard Wittmann

+ + +